

Editorial

Womit sich die Vereinigten Staaten schmücken, scheint Europa nicht wahrhaben zu wollen: dass es längst ein Einwanderungskontinent ist. Zumindest scheint Europa vergessen zu haben, dass es eine »jahrhundertelange Geschichte innerer Arbeitsmigration (hat). In der offiziellen Geschichtsschreibung, die Europa stets als Auswanderungs-, nie aber als Einwanderungskontinent beschreibt, führt diese Geschichte ein Schattendasein.« schreibt Saskia Sassen in einem früheren Heft.¹ Es ist eine Geschichte, in der ethnische Gruppen, die heute zum Kernbestand des Alten Kontinents gehören, Gewalt und Hass ausgesetzt waren. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn die Europäer sich heute daran erinnerten, wie sie ihre Ressentiments überwunden haben. Warum, fragt Sassen, sollten »wir« und jene, die wir heute als so anders wahrnehmen, nicht einen ähnlichen Wandlungsprozess durchmachen? Wie Alan Wolfe in seinem Beitrag unterstreicht, zeigt ein Blick auf die Geschichte der Immigration, dass sie sich am Ende für die Einwanderer ebenso lohnt wie für die aufnehmenden Gesellschaften.

Unbestreitbar sind heterogene Gemeinwesen anfälliger für innere Konflikte als relativ homogene. Diversität ist stets eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Schwerpunkt dieses Heftes beschäftigt sich mit den Antworten der Politik auf die wachsende Vielfalt unserer Gesellschaften.

»In Vielfalt geeint« heißt das Motto der Europäischen Union. Es symbolisiert ein Programm, das mit einer Diversität konfrontiert ist, die ungleich komplexer ist als die schlichte Vielfalt nationaler Kulturen. Mehrere Faktoren, besonders die rapide wachsende Migration, haben in Europa dazu geführt, dass die innere ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt sprunghaft gestiegen ist. In dem Maße, wie die zunehmenden Unterschiede »sich zu einer Gefahr für den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt auszuwachsen drohten, der die Gesellschaften Nachkriegseuropas so lange ausgezeichnet hatte«, schreibt Robert C. Lieberman in diesem Heft, »machte sich in immer mehr Ländern Europas das Bedürfnis geltend, etwas gegen ethnische Diskriminierung zu tun.

Die geistigen Väter der neu verfassten Europäischen Union erhoben das Diskriminierungsverbot sogar in den Rang eines für alle ihre Mitglieder geltenden Grundsatzes. Gemäß dem Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft trat, garantiert die EU den Bürgern ihrer Mitgliedsländer Schutz vor jeglicher Diskriminierung.«

Lieberman vergleicht die Anstrengungen der Union mit der viel älteren Politik der »affirmative action« in den USA, die im Laufe ihrer von inneren Konflikten gezeichneten Geschichte eine differenzierte Antidiskriminierungspolitik entwickelt haben. Sie ist abgestellt auf die bis heute schmerzenden Wunden und Narben, welche die Sklaverei in dieser Gesellschaft hinterlassen hat. Die einschlägigen Gegenmaßnahmen haben im Laufe der Zeit freilich zu politischen Dilemmata geführt, die Kenneth Prewitt analysiert. Eine Ursache liegt in der Zählung und Klassifizierung der amerikanischen Bevölkerung nach Rassen – eine Praxis, die sich bis heute auf Theorien des 18. Jahrhunderts stützt: »Rasse ist das Prisma, durch das die Vielfalt der amerikanischen Bevölkerung seit alters wahrgenommen wird.« Der aus den 1960er Jahren stammenden klassischen Antidiskriminierungspolitik, die sich auf universale Bürgerrechte beruft, steht heute eine Politik des Multikulturalismus gegenüber, die sich auf partikulare Gruppenrechte stützt. Nicht wenige Beobachter sind über diese Entwicklung beunruhigt, da sie liberale Wertvorstellungen bedroht und geeignet ist, den fragilen Zusammenhalt der amerikanischen Gesellschaft zu untergraben. Prewitt zitiert Arthur M. Schlesinger, der fürchtet, dass der »Kult der ethnischen Zugehörigkeit« zu einem Rückfall Amerikas in eine Stammesgesellschaft führt.

Während die Vereinigten Staaten auf eine lange Tradition der Integration zurückblicken können, steht die Europäische Union erst seit relativ kurzer Zeit – insbesondere angesichts Globalisierung, demographischem Wandel und Osterweiterung, aber auch hier aufgrund der Proliferation von Gruppenidentitäten – vor der Aufgabe, eine entsprechende Politik auf supranationaler Ebene zu entwickeln. Sie kann dabei zurückgreifen auf die Erfahrungen jener Mitgliedsländer, die sich bis heute (mit unterschiedlichem Erfolg) mit dem Erbe ihrer Kolonialpolitik auseinandersetzen müssen, wie Großbritannien, Frankreich oder die Niederlande. Die Europäer können aber auch, trotz ihrer so unterschiedlichen Geschichte, viel von den Amerikanern lernen. Dazu finden sich zahlreiche Hinweise in den eben genannten Artikeln.

Der Übergang von einer defizitorientierten Minderheitenpolitik zu einer gruppenübergreifenden und ressourcenorientierten Politik der Vielfalt scheint hier besonders vielversprechend. Zu beobachten ist eine positive Wendung des gesetzlichen Antidiskriminierungsauftrags, die inzwischen von den USA auf Europa übergelungen ist und sich in der Praxis eines produktiven, »wertschätzenden« Umgangs mit kulturellen Unterschieden durch Unternehmen, Organisationen und öffentliche Verwaltungen niederschlägt. Wie ein kluges »diversity management« auf der Ebene der Stadtplanung aussehen kann, zeigt der Beitrag von Beatrix Novy über zwei Wiener Stadteile, Ottakring und Favoriten. 2010 wird die »Metropole Ruhr« Kulturhauptstadt Europas sein. Im Vorfeld wurde das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen eingeladen, dazu Ideen zu entwickeln. Claus Leggewie machte in seinem hier abgedruckten Beitrag zum Kongress »Vielfalt verbindet. Die Künste und der Interkulturelle Dialog in europäischen Städten« einige Vorschläge, wie man das Ruhrgebiet, dieses Konglomerat von schrumpfenden, tief in der Krise steckenden Industriestädten, neu erfinden könnte. Seine Anregungen haben für einige Diskussion gesorgt, nicht zuletzt, weil sie die bisher in der Region gepflegte Kultur- und Integrationspolitik radikal herausfordern.

Gegenüber der von Heinz Bude beschriebenen neuen Gruppe der »Überflüssigen« herrscht allgemeine Ratlosigkeit. Die Betroffenen werden nicht aus Gründen kultureller, ethnischer oder religiöser Differenzen aus den westlichen Gesellschaften ausgeschlossen, gehörten sie doch noch vor Kurzem zu ihrem Kern. Sie sind einfach herausgefallen – Opfer eines unter dem Druck der Globalisierung beschleunigten Rationalisierungsprozesses. Die Überflüssigen erzeugen Angst, weil jedem von uns morgen dasselbe zustoßen kann. Und sie erzeugen schlechtes Gewissen, weil sie »die Idee einer Gemeinschaft (beschwören), in der jeder und jedem ein Platz zukommt. (...) Die Überflüssigen appellieren durch ihr bloßes Dasein an das Versprechen eines sozialen Zusammenhangs, in dem niemand verlorengeht.«

Angesichts des nicht nur materiellen, sondern auch existentiellen Elends dieser Gruppe scheint die institutionalisierte Solidarität des Wohlfahrtsstaats an ihre Grenzen zu stoßen.

Der Heftschwerpunkt wird umrahmt von zwei Beispielen individueller Solidarität. Henryka Krzywonos blockierte am 15. August 1980 mit ihrem Straßenbahnzug den Danziger Verkehr und initiierte damit einen

Generalstreik, der dem kommunistischen Regime den ersten entscheidenden Schlag versetzte. In ihrem Gespräch erzählt sie über ihre Zeit bei der *Solidarność* und über ihre Fürsorge für die Kinder, die sie seit der Wende aus prekären Verhältnissen herausholt. In der schwärzesten Zeit des Zweiten Weltkriegs und auf dem damals wohl gefährlichsten Territorium, heute im Westen Weißrusslands gelegen, haben die Bielski-Brüder hunderten von verfolgten Familien das Leben gerettet. Timothy Snyder bespricht die Verfilmung dieser Tat und analysiert die widersprüchliche Rezeption von *Defiance*.

In seinem Bildbeitrag beschäftigt sich der Photograph Hermann P. Huber mit den Zabbalin, die zum größten Teil der koptischen Minderheit angehören und in Kairo in Konkurrenz mit den offiziellen Entsorgungsunternehmen den Müll einsammeln. Ausgegrenzt von der übrigen Bevölkerung leben sie in ihrer »Müllstadt« vom Recycling des Abfalls der 20 Millionen-Metropole. Kairo besitzt dank der Arbeit der Zabbalin die wahrscheinlich höchste Recyclingrate der Welt.

Im zweiten Teil des Hefts versucht Krzysztof Pomian die kulturelle Tiefenstruktur Europas freizulegen – gewissermaßen als Gegengewicht zu dessen wachsender Vielfalt. Jacques Rupnik diagnostiziert das Ende des Wirtschaftsliberalismus in Mitteleuropa, und Jan-Werner Müller leitet aus der Geschichte der europäischen Christdemokratie eine überraschende Perspektive für die Demokratie in den islamisch geprägten Ländern ab. Das Heft beschließt ein Beitrag von Ivan Chvatik über die Geschichte des Prager Jan Patočka-Archivs, mit dem das Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen seit vielen Jahren zusammenarbeitet.

Wien, im Juni 2009

Anmerkung

- 1 »Einwanderungskontinent Europa«, in: Transit – Europäische Revue, Heft 29, 2005